V.b.b. Zeitung vom Verleger versendet „Journal éxpedite par l'éditeur

Nr. 1/57 - Preis 25 Groschen

JUDENSTAAT

zionistisch-revisionistisches Organ **Erscheint wöchentlich**

Abonnement-Preis: Österreich: vierteljährig S 2.90, halbjährig S 5.50, ganzjährig S 10.— / Deutschland: vierteljährig Reichsmark 2.— Polen: vierteljährig Zl. 3.50 / Jugoslawien: vierteljährig Dinar 40.— / Rumänien: vierteljährig Lei 100.— / Č, S. R.: vierteljährig Kč 15.— Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schw. Frc. 2.90.
Postsparkassen-Konti: Österreich B-11.035 / Č. S. R. 501.540 / Polen Dr. Aron Goldin 27,765 / Jugoslawien Rudolf Heller, Osijek 36.843

Wien, Freitag, den 8. Juni 1934 | Redaktion und Administration: Wien, I., Adlergasse 4 (Griecheng. 3) - Telephon R-23-0-04

Judenrepublik am Amur

p. h. Wien, 7. Juni.

Der Präsident der Sowjetunion Herr Kalinin gibt in den letzten Wochen fleißig Interviews, beantwortet Begrüßungstelegramme, empfängt Abordnungen, vor denen er ausgewachsene Reden hält, ja ganze Programme entwirft. Das alles tut der Repräsentant des Kommunistenreiches, ein sonst in Dingen der Politik vorgeschriebenermaßen sehr schweigsamer Herr, im Zusammenhang mit einer »jüdischen« Sache: im Zusammenhang mit der Proklamierung des Landes am Flusse Amur — Biro-Bidschans — zur »jüdischen Republik«.

In Biro-Bidschan wohnen zwar heutzutage sage und schreibe etliche hundert Juden, die in den Sümpfen dieses schönen Landes im Fernen Osten ein elendes Dasein führen und nur dort bleiben, weil sie einfach nicht weg dürfen; aber das tut nichts zur Sache — die »jüdische Republik«, lungenkräftig und schreibfest proklamiert, berechtigt zu den schönsten sowjetistischen Hoffnungen, ist des Singens und Sagens wert, nicht wie die Krim, die viel näher liegt und von dem und jenem dann und wann doch »angeschaut« werden kann, wo man schlechtwegs nichts proklamieren konnte (man hatte es übrigens damals gar nicht so nötig). Diese Hoffnungen eskomptieren sich nicht schlecht. Die Juden- und die Israelitenpresse bringt spaltenlange Berichte. Herr Kalinin ist über Nacht — er weiß, wie ihm geschieht — ein wohltätiger Judenfreund geworden. Der brennende jüdische Schmerz um das hingemordete russische Judentum, das von den Genossen des Herrn Kalinin, nicht zuletzt von den jüdischen, geistig und physisch ausgerottet wurde, ist vergessen. Grabesruhe lagert sich über dem wichtigsten, schaffungskräftigsten Teil der modernen Judenheit — im Angesicht einer jüdischen Republik am Amur. Die Hoffnungen eskomptieren sich, wie gesagt, nicht schlecht, denn neben dem Vertuschen der wahren Situation der pauperisierten, geistig, jüdisch in Nacht und Nebel lebenden russischen Juden, ergibt sich noch ein zweites. Biro-Bidschan ist Grenzgebiet, drüben im Fernen Osten. Im Fernen Osten geht es Rußland im Augenblick herzlich schlecht, wird ihm voraussichtlich in den kommenden Jahren auch nicht sehr gut gehen. Der japanische Gegner steht hart und drohend da und schiebt sich dem imperialistischen fernöstlichen Machttraum der Sowjetisten in die Quere, denn auch Japan braucht die Expansion im Fernen Osten. Ein Krieg von ungeahntem Ausmaß steht bevor, ein Morden und Schlachten, das in eben jenem Weltenwinkel, wo Biro-Bidschan liegt, an den Sümpfen des Amur, seinen Ausgang nehmen wird. Rußland hat dort keine »verläßlichen Elemente« zu Urbewohnern; die paar Völkerschaften mit den undefinierbaren Rassemerkmalen sind nicht zu brauchen, sie haben keine »Kultur« und sind Asiaten, die sich mit asiatischen Japanern eher verstehen als mit den europäischen roten Moskowitern. Eine Grenzsiedlung von jüdischen Proleten aus dem Innern Rußlands, mit der Peitsche der jüdischen Kommunisten zusammengetrieben und durch dieselbe russische Staatspeitsche zusammengehalten, kann das für den ersten Anhieb so notwendige Kanonenfutter abgeben. Wie heißt es doch in einem offiziellen Bericht aus Rußland: »Anläßlich der Proklamierung Biro-Bidschans zur jüdischen Republik gingen Stalin und Molotow von den »Arbeitern aller Nationalitäten« in Biro-Bidschan Begrüßungskundgebungen zu, die das Gelöbnis enthalten, daß die Arbeiter dahin wirken werden, daß Biro-Bidschan beispielhaft für den ganzen Fernen Osten werden wird, eine „Eiserne Festung, an der die Absichten der Imperialisten, die unsere fernöstlichen Grenzen angreifen, zerschellen werden".« Deutlicher kann aus der Schule nicht geplaudert werden, offener der Zynismus nicht sein, der seinen plumpen Witz an einem gemarterten Volk übt. Russisch-jüdischer Prolet, im Schoße des roten Mütterchen Rußland durftest du vor Hunger krepieren, an den Sümpfen des Amur hingegen, in deiner jüdischen Republik, wirst du in die Bajonette und die Kanonenrohre der Japaner rennen können!

Die jüdische Republik am Amur ist ein den Juden der Welt vorgesetzter Bluff, für den russisch-jüdischen Menschen, der irgendwo in der Ukraine in den Waggon gepfercht und am Amur abgeladen wird — für ihn bedeutet die jüdische Republik für kurz oder lang sein Todesurteil...

„Mich möchte man hängen und noch mit Kerker bestrafen"

Unser Korrespondent berichtet aus Jerusalem:

Die Polizei hat den Sozialisten mit der Ueberführung Achi Meïrs nach Akko einen Bärendienst erwiesen. Dieses Vorgehen der Polizei hat nämlich die ganze jüdische Bevölkerung ausnahmslos in grenzenlose Empörung versetzt. Die Linken, die Achi Meïr wie kaum einen hassen, müssen zusehen, wie sich die Sympathien ihrer eigenen Anhänger ihm zuneigen. Auch die Regierung hat davon Kenntnis, so daß sie sich bemüßigt fühlt, Bulletins über den Gesundheitszustand Achi Meïrs zu veröffentlichen. Das Bild ist ähnlich dem in Indien, als dort die britischen Behörden täglich der Oeffentlichkeit über Ghandi referierten .

Der Prozeß wickelt sich in strengster Ordnung ab. Des Verteidigers Samuel letzte Rede hat einen mächtigen Eindruck hinterlassen. Die Sozialisten selbst müssen zugestehen, daß seine Argumente den Prozeß erschüttert haben. Man erzählt, daß sich während der Rede des Verteidigers in den Augen des Richters Tränen zeigten. Samuels Schilderung des Mordes, des Mörders und des Tatortes war derart plastisch, daß die Zuhörer nahezu greifbar den den Mord begehenden Araber Abdul Medjid vor sich sahen. Auch die Aussagen der Alibizeugen waren lückenlos und überzeugend. Der völlige Stimmungsumschwung zugunsten des Angeklagten geht übrigens auch aus der Haltung hervor, die das Organ der Sozialisten, »Dawar«, jetzt bekunden muß. Anfangs glaubten manche, daß der Freispruch f. Achi Meïr nur ein Manöver darstelle, auf daß die Verteidigung nicht ihre Zeugen gegen den Belastungszeugen Chasan bringen könne, die Achi Meïr am Abend des Mordes in Jerusalem gesehen haben. Samuel brauchte diese Zeugen, um nachzuweisen, daß Chasan ein gemeiner Lügner und bestochenes Subjekt sei. Der Richter entschied gegen den Staatsanwalt und vernahm diese Zeugen ein.

Der jetzt vorherrschende Eindruck ist, daß wohl nur Rosenblatt auf freien Fuß gesetzt werden wird und daß Achi Meïr und Stavsky sich nicht so bald der Freiheit erfreuen werden. Streng geheim wird mitgeteilt, daß Stavsky im Zusammenhang mit der heruntergerissenen Hakenkreuzfahne und ähnlicher Sünden wegen zurückbehalten werden wird. Das gleiche gilt für Achi Meïr. Er wird wegen des »Brith Habirjonim« zurückbehalten werden und wegen der Ohrfeigen, die er einem Polizisten verabreichte. Und das ist keine Kleinigkeit. Die Polizei beschuldigt ihn, daß er sie gewaltsam an der Ausübung ihrer Amtspflichten behindert habe. So etwas wird mit Kerker geahndet. Achi Meïr hat darüber einmal geschrieben: »Der Unterschied zwischen mir und den anderen zwei Angeklagten besteht darin, daß man diese nur hängen will, mich aber hängen und obendrein noch gerne mit einem Monat Kerker bestrafen möchte....«

Politische Aktionen der Revisionisten für Genf

Das Memorandum der Mandatskommission übermittelt.

Paris. Wie aus Jerusalem telegraphiert wird, ist der Organisation der Zionisten-Revisionisten in Palästina das folgende Schreiben des stellvertretenden Chefsekretärs der Palästina-Regierung Sidney Moody zugegangen:

„Der High Commissioner hat mich beauftragt, Ihr Schreiben vom 30. April und das begleitende Memorandum des Zentralkomitees der Union der Zionisten-Revisionisten, das sich auf das Jüdische Nationalheim in Palästina bezieht, zu bestätigen und Sie zu benachrichtigen, daß der High Commissioner das Memorandum auf dem üblichen Wege dem Generalsekretär des Völkerbundes zur Weitergabe an die Permanente Mandatskommission des Völkerbundes, die dessen Inhalt in Erwägung ziehen wird, übermittelt hat."

Benesch wird Petition unterstützen.

Der Organisation der Zionisten-Revisionisten in der Tschechoslowakei, die kürzlich eine Abordnung an den Außenminister Dr. Eduard Benesch sandte, ist vom Prager Außenministerium die folgende Mitteilung zugegangen:

Minister Dr. Benesch hat den Inhalt des ihm von Ihnen überreichten Memorandums zur Kenntnis genommen und wird gerne Ihre Wünsche, soweit ihm dies möglich ist, unterstützen.

Brith Habirjonim - Prozeß am 12. Juni.

Jerusalem. Wie offiziell bekanntgegeben wird, wurde der Prozeß gegen die wegen Zugehörigkeit zu dem revisionistischen „Geheimbund" Brith Habirjonim angeklagten Personen, unter ihnen den im Arlosoroff-Prozeß freigesprochenen, aber weiter in Haft gehaltenen Revisionisten-Führer Abba Achi-Meïr, auf den 12. Juni angesetzt.

Was will Abdullah in London.

Jerusalem. Der Emir Abdullah von Transjordanien hat, wie uns mitgeteilt wird, am 3. Juni eine Reise nach London angetreten.

Die Arabische Exekutive Palästinas veröffentlicht im Zusammenhang mit dem Besuch des Emirs in London eine Erkärung, in der zum Ausdruck gebracht wird,

daß die palästinensischen Araber ein unabhängiges Palästina als Teil eines arabischen Staatenbundes und eine alle Einwohner Palästinas repräsentierende, auf ein Parlament sich stützende Regierung fordern und die Ziele des Zionismus zurückweisen.

Wie die jüdische Telegraphen - Agentur erfährt, gedenkt der Emir Abdullah in London über eine Abänderung des bestehenden Abkommens zwischen ihm und der englischen Regierung, ferner über die Auflegung einer Anleihe zum Zwecke der Entwicklung der natürlichen Wirtschaftsquellen Transjordaniens, Palästinas und dem Irak und Schaffung eines diese Länder einschließenden Zollvereins zu verhandeln.

Das Brandmal der Britenschande.

Jerusalem. 63 orientalische Juden, unter ihnen Greise und Kinder, die am 28. Mai mit einem Segelboot aus Aegypten nach Palästina gekommen waren, wurden bei der Landung als illegale Einwanderer verhaftet und in Ketten in das Gefängnis von Gaza gebracht.

Untersuchung der jüngsten Zusammenstöße in Tel-Awiw.

Jerusalem. Die Palästina-Regierung verfügte die Einleitung einer Untersuchung über die Umstände des in Tel-Awiw nach Schluß der Protestversammlungen betreffend die Einwanderungseinschränkung vorgekommenen Zusammenstoßes zwischen Demonstranten und Polizei. Mehrere Teilnehmer und alle Redner der im Gan Rinah (Konzertgarten) abgehaltenen speziellen revisionistischen Versammlung, deren Teilnehmer angeblich einen Demonstrationszug gebildet haben, wurden zum Verhör vor die Polizei geladen; das Verhör wird mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Der Stadtrat von Tel-Awiw hat eine von der Linken eingebrachte Resolution, in der die Revisionisten für den Zusammenstoß mit der Polizei, bei dem es über 50 Verletzte auf beiden Seiten gab, verantwortlich gemacht werden, mit einer Mehrheit abgelehnt und eine Entschließung angenommen, in der die Handlungsweise „aller unverantwortlichen Elemente, die der Stadt Tel-Awiw Schaden zufügen", verurteilt wird.

Wieder große Palästina-Debatte im Unterhaus

Anleihe für die Araber perfekt

Kolonienminister sorgt vor allem für England

London. In der Sitzung des englischen Unterhauses am Abend des 29. Mai unterbreitete Kolonienminister Sir Philip Cunliffe-Lister dem Hause die Palästina-Anleihe-Bill zur zweiten Lesung. In Klausel II der Bill ist eine Bedingung niedergelegt, wonach das Schatzamt vor Erteilung der Anleihegarantie seitens Englands auf Sicherstellungen bedacht sein müsse. Eine weitere Bedingung ist die, daß faire Arbeitslöhne gezahlt werden, eine dritte Bedingung lautet dahin, daß Aufträge für Betriebsanlagen und Maschinen in England placiert werden.

In der an die Vorlage sich knüpfenden eingehenden Debatte hielt Rhys-Davies eine große Rede, in der er die Eindrücke seines kürzlichen Besuches in Palästina schilderte, die Fortschritte der jüdischen Arbeit im Lande sehr hoch einschätzte, aber erklärte, die englische Regierung habe es schwer, die Ansprüche sowohl der Juden als auch der Araber miteinander in Ausgleich zu bringen. Rhys-Davies gab der Meinung Ausdruck, daß England seine Mandatsverpflichtungen in Palästina auch ohne Anleihe durchführen könnte. Dem Regime des High Commissioner Sir Arthur Wauchope zollte der Redner Lob.

Kolonienminister Sir Philip Cunliffe-Lister warf ein, daß ja auch die frühere sozialistische Regierung bereits eine Anleihe garantierte und sogar eine Regierungsbeihilfe empfahl. Rhys-Davies ließ sich aber nicht davon abbringen, daß die Auflegung der Anleihe überflüssig sei. Dringend erforderlich sei jetzt nur eine entsprechende Wasserbelieferung der Städte. Werden nun die mit Hilfe der Anleihe durchzuführenden Wasseranlagen in Jerusalem und Haifa städtische oder private Unternehmungen sein? Der Kolonienminister erwiderte, beide werden unter Regierungskontrolle stehen. Auf Rhys-Davies' Frage, ob die Anleihe bei Kapitalisten untergebracht werden wird, erwiderte Cunliffe-Lister, er hoffe, daß einige der Gewerkschaftsfonds hierfür erschlossen werden würden.

Rhys-Davies bemängelte es, daß die Palästina-Gewerkschaften rechtlichen Beschränkungen unterworfen sind, er trat aber auch Colonel Wedgwoods kürzlichen Ausführungen betreffend das Erziehungssystem in Palästina entgegen und sagte, man solle den Juden die englische Sprache nicht aufdrängen, die Juden haben Hebräisch zu ihrer Umgangssprache gewählt und machen hierin große Fortschritte. Allerdings müßte unter den anderen zu erlernenden Sprachen Englisch den Vorrang haben.

Davies behandelte auch die Frage der Ansiedlung dislozierter Araber und sagte, viel Schuld an dem Unfrieden hätten die hohen Bodenpreise. In Palästina sagte man ihm, die Juden können mit ihrem Gelde das beste Land kaufen, während den Arabern nur sehr dürftiger Boden bleibt. Aber Palästina als Ganzes würde ein wundervolles Land sein, wenn eine moderne Bewässerung geschaffen wäre. Der gesamte Boden würde dann Früchte tragen. Die Wiederansiedlung der dislozierten Araber würde dann kein Problem mehr sein. Ich möchte, schloß Rhys-Davies, dieses ruhmvolle kleine Land in noch viel besserem Zustande sehen, als es jetzt schon ist. Ich sehe keinen Grund zu der Beschränkung jüdischer Einwanderung. Gewiß muß sich jede englische Regierung der verschiedenen Ansprüche der Araber und der Juden bewußt sein, jede Regierung aber darf nicht vergessen, daß Palästina nicht nur das Verheißene Land, sondern auch ein Land voller Verheißungen ist.

Wedgwood sagt abermals die Wahrheit

Nachdem sich auch Loftus gegen die Anleihe ausgesprochen hat, ergriff Colonel Josiah Wedgwood das Wort und führte ungefähr aus:

Ich bin gegen die Anleihe, weil sie weder von den Juden noch von den Arabern in Palästina wirklich gewünscht wird. Die Regierung preßt Kapital in das Land und treibt Arbeiter hinaus; wie soll man sich diese sich selbst widersprechende Politik erklären? Die Gewerkschaften in Palästina betteln förmlich die Regierung an, ihnen zu gestatten, mehr Arbeiter ins Land zu bringen. Die Regierung aber bleibt unerbittlich und weist sogar Unglückliche aus, die illegal ins Land kamen und dort Arbeit fanden. Einem jungen Lande mehr Geld aufdrängen, als es benötigt, ist eine Extravaganz. Das Uebermaß an Kapital würde nur zur Erhöhung der Boden- und Mietpreise führen, der ärmeren Bevölkerung aber keinen Nutzen bringen.

Was ich aber, fuhr Wedgwood fort, vor allem gegen die Anleihe einzuwenden habe, ist, daß sie

nicht beiden Bevölkerungsteilen gleichmäßig zugute kommt, sondern die Araber begünstigt, wie überhaupt die Administration Palästinas in ihrer Politik gegenüber Arabern und Juden nicht fair vorgeht, sondern die ersteren begünstigt und die letzteren benachteiligt.

Dies läßt befürchten, daß auch das Anleihegeld nicht fair verwaltet werden wird. Die neuen zivilisierten Einwanderer werden eine weit größere Steuerlast als die heimische Bevölkerung zu tragen haben. Die Bodensteuern werden von Jahr zu Jahr reduziert, dagegen werden die Steuern für Importe immer wieder erhöht. Die Einwanderung jüdischer Arbeiter und das Kommen jüdischer Touristen nach Palästina werden immer mehr unterbunden,

dagegen dürfen Araber aus Transjordanien, Syrien und Aegypten unbeschränkt einwandern.

Neue Straßen werden nur nach Bedarf der arabischen Bevölkerung und ohne Rücksicht auf die jüdischen Interessen angelegt. Wo ist der Grund dafür, daß den Juden nicht die gleichen Dienste wie der übrigen Bevölkerung geleistet werden sollten? Das ist ungerecht und unenglisch. Ungerecht ist es, daß die Regierung für die arabische Bevölkerung Postämter errichtet und die jüdische Bevölkerung leer ausgehen läßt, daß kleinen arabischen Gemeinden Selbstverwaltungen bewilligt werden, die zehnmal größeren jüdischen Gemeinden verweigert werden. Englische und amerikanische Juden, die ständig in Palästina wohnen, aber nicht die Palästina-Bürgerschaft besitzen, haben kein Stimmrecht. Ist es nicht selbstverständlich, daß ein englischer Bürger gleichzeitig Palästina-Bürger sein kann? Frauen haben einzig und allein in Tel-Awiw, sonst nirgends im Lande Stimmrecht. Die Regierung bewilligte 23.000 Pfund jährlich für das arabische Gericht, während das jüdische Religiöse Gericht keinen Penny erhält. So reiht sich Ungerechtigkeit an Ungerechtigkeit.

Die Juden verlieren immer mehr das Vertrauen zur englischen Regierung und werden entmutigt. Sie sind von der gleichen Stimmung beherrscht wie die Juden in Polen: „Für uns gab und gibt es ja doch keine Gerechtigkeit und wird es auch keine geben."

Wedgwood schloß: Weil ich England liebe, erfüllen mich diese Verhältnisse mit Erbitterung; denn sie gefährden Englands Ruf als Hort der Gerechtigkeit.

Kolonienminister Sir Philip Cunliffe-Lister trat den Ausführungen Wedgwoods scharf entgegen und sagte, Wedgwoods Rede werde den Abscheu vieler Juden ebenso wie vieler anderer, die nicht seiner Meinung sind, hervorrufen. Die Anleihe werde in fruchttragenden Unternehmungen angelegt werden, sodaß die erzielten Gewinne zu einem großen Teil den Zinsendienst decken werden. Die Finanzen Palästinas seien heute viel besser als 1926, in welchem Jahre ja auch eine Anleihe für Palästina seitens Englands garantiert wurde. Es sei zu hoffen, daß die durch die Anleihe ermöglichten Aufträge für Maschinen im Werte von 600.000 Pfund den notleidenden englischen Gebieten eine Hilfe sein werden.

Die zweite Lesung der Bill wurde sodann ohne namentliche Abstimmung vorgenommen.

Auch in dritter Lesung angenommen.

London. Das Ermächtigungsgesetz zur Garantie der neuen 2½ Millionen-Pfund-Anleihe für Palästina wurde am 1. Juni vom Unterhaus in dritter Lesung unverändert angenommen. Eine Reihe von Amendements, die Colonel Wedgwood beantragt hatte, wurde teils abgelehnt, teils vom Antragsteller selbst zurückgezogen.

Der Annahme ging eine Debatte voraus, die sich im wesentlichen als ein Zwiegespräch zwischen Colonel Wedgwood und dem Minister für die Kolonien Sir Philip Cunliffe-Lister abspielte. Wedgwood hatte u. a. beantragt, daß die Bestimmung, die sich auf Rückerstattung der von der Palästina-Regierung für aus der Anleihe zu finanzierende Zwecke bereits verausgabten Gelder bezieht, gestrichen werde. In der Aussprache über diesen Punkt teilte der Kolonienminister mit, daß die Höhe der tatsächlichen Ausgaben, die die Palästina-Regierung, insbesondere im Zusammenhang mit der Wasserversorgung Jerusalems, gemacht hat, nicht feststeht, daß aber die Aufwendungen einschließlich der bereits abgeschlossenen Arbeitskontrakte 400.000 bis 500.000 Pfund ausmachen. Abg. Rhys-Davies wies im Verlauf der Aussprache auf den dem Völkerbund von der Jewish Agency unterbreiteten Bericht für 1933 hin, aus dem hervorgehe, daß im abgelaufenen Jahre in Palästina auf allen Gebieten wesentliche Fortschritte erzielt wurden und daß der auch in früheren Jahren festgestellte Fortschritt in bezug auf wirtschaftliche Entwicklung und Befriedung des Landes angehalten hat. Der Abgeordnete erklärte weiter, der Lebensstandard der Araber in Palästina habe sich um 200 Prozent, derjenige der aus Europa stammenden Juden um 25 Prozent gehoben. Er sprach den Wunsch aus, daß die Regierung auf eine Beteiligung der noch bestehenden Differenz zwischen dem Lohn-Niveau der jüdischen und dem der arabischen Arbeiter hinwirken möge.

Auf eine Frage betreffend die Verteilung der Arbeit bei den öffentlichen Arbeiten der Regierung zwischen Juden und Arabern erklärte der Kolonienminister,

die Regierung beabsichtige, eine angemessene Verteilung in der Weise vorzunehmen, daß den Juden etwa 30, den Arabern etwa 70 Prozent der Arbeit zugeteilt werden.

Diese Erklärung erläuterte der Minister auf eine Frage Colonel Wedgwoods dahin, daß sich diese prozentuelle Verteilung auf die Lohnsummen bezieht. Die Verteilung nach zu beschäftigenden Arbeitskräften auf Grund einer festen Formel durchzuführen, sei schwer. Es wäre lächerlich eine Kategorie von Arbeitern nicht heranzuziehen, wenn die andere bereits voll ausgenützt wäre.

Der Schwindel mit den dislozierten Arabern.

Nachdem Colonel Wedgwood noch auf den Lohndruck durch eingewanderte nichtjüdische levantinische Arbeiter hingewiesen hatte, kam er auf die Wiederansiedlung von Arabern zu sprechen und beantragte,

daß der hiefür vorgesehene Betrag von 250.000 Pfund auf 50.000 Pfund reduziert werde. Infolge des starken industriellen Aufschwunges in Palästina hätten wohl die meisten der insgesamt 800 dislozierten Araber Arbeit gefunden. Der Jüdische Nationalfonds habe seinen Boden nicht nur zu sehr hohen Preisen gekauft, sondern gleichzeitig auch den Nomaden, die früher auf diesem Boden lebten, Entschädigung gewährt und ihnen die Mittel gegeben, sich anderswo eine Existenz zu schaffen. All dies sei vergessen worden, als man die Legende von den Arabern, die Grund zu Beschwerden gegen die Juden hätten, schuf.

Sir Philip Cunliffe-Lister erwiderte, die Regierung würde sich eines Wortbruches schuldig machen, wenn sie diesem Amendement Colonel Wedgwoods zustimmte. Die Arbeiter-Regierung habe sich verpflichtet, sich mit den Fällen der von ihrem Boden entfernten Araber zu befassen. Auf Grund der durchgeführten Untersuchungen sei die Zahl der Bewerber um Wiederansiedlung auf 899 reduziert worden. Sollten nicht alle Bewerber Anspruch auf den bereitgestellten Boden machen, so werde die Regierung nicht den gesamten für Wiederansiedlung vorgesehenen Betrag, sondern nur soviel ausgeben, wie für die Ansiedlung der darauf Anspruch erhebenden Familien notwendig ist. Colonel Wedgwood erklärte, er sei mit dieser Auskunft des Ministers befriedigt.

Die wirkliche Gefahr

Vor einigen Wochen habe ich im „Judenstaat", sodann in einer ganzen Reihe von Zeitungen in Europa und Amerika einen längeren Aufsatz über den Klassenkampf in Palästina veröffentlicht, wo ich durch Tabellen und statistische Daten die große Gefahr illustrierte, die die Streikseuche in dem noch im Prozeß des Aufbaus befindlichen Jüdischen Nationalheim darstellt.

Dieser Tage erhielt ich nun im Zusammenhang mit diesem Aufsatz von einem alten Freund, mit dem ich einst in den heroischen Zeiten des russischen Zionismus in den zionistischen Reihen gemeinsam gearbeitet und gekämpft habe, einen Brief. Dieser Freund lebt seit 15 Jahren in Palästina, wohin er aus Odessa mit dem ersten, historischen Schiff fuhr, das im Jahre 1919 zum ersten Male nach dem Weltkrieg eine große Emigrantenpartie aus Rußland brachte. Mein Freund ist kein Revisionist. Er gehört zu den angesehensten Führern der Allgemeinen Zionisten Palästinas und ist einer der Redakteure des „Zioni Haklali". Seine Worte haben Gewicht. In seinem Brief warnt er vor einer anderen Seuche, die jetzt das soziale und ökonomische Leben des palästinensischen Jischuw bedroht. Ich zitiere den Brief wörtlich: „Ich habe soeben den Artikel „Die Streikseuche in Palästina" gelesen. Ich beeile mich, Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Erscheinung zu lenken: Es kündigt sich etwas Schlimmeres als eine „Streikseuche" an, das vollständige Ende aller Streiks nämlich, der Tatsache wegen, daß alle Unternehmer in die Sklaverei der „Histadruth" geraten. Zu gleicher Zeit, da verschiedentlich von nationaler Arbitrage, gemeinsamer Arbeitsvermittlung u. ä. geredet wird, zwingen unsere Histadruth-„Sowjets" einen Unternehmer nach dem anderen Verträge zu unterschreiben, denen gemäß die Unternehmer ihre Arbeiter und Angestellten ausschließlich durch Vermittlung der Gewerkschaften und Arbeitsbüros der Histadruth zu wählen haben. Die Gewalt des von der Histadruth ausgeübten Drucks ist so stark, daß alle Unternehmer, sogar die revisionistischen, gezwungen sind, einen solchen Vertrag zu unterschreiben, zur Schlachtbank wie die Schafe zu schreiten, still, ohne den leisesten Protest. In Palästina werden bald — genau so wie im bolschewistischen Rußland — keine Streiks vorkommen, aber nicht wegen des Triumphes des heiligen Prinzips der nationalen Solidarität, sondern einfach deshalb, weil die unbegrenzte Diktatur der roten Histadruth im ganzen Lande und in allen Unternehmungen in vollem Maße wirksam ist. Ich will, daß Sie und alle, die über die rote Pest in Palästina schreiben, das wissen."

Ich glaube somit, durch Veröffentlichung dieses Briefes, dem aus patriotischer Besorgnis geborenem Wunsch meines Freundes nachzukommen. Die Streiks sind ein Unglück für den nationalen Aufbau Palästinas. Aber ein noch größeres Unglück ist eine Grabesruhe, die sich einstellen müßte, wenn es der Histadruth wirklich gelingen sollte, ihren diktatorischen Willen dem ganzen jüdischen Unternehmertum aufzuzwingen und der einzige Herr auf dem Arbeitsmarkt Palästinas zu werden. Streiks werden dann in der Tat unmöglich und auch unnötig werden, denn ein Streik ist immerhin eine Kampfform zweier gleicher Partner, wo das freie Spiel der Kräfte entscheidet. Wenn alle Unternehmer der Histadruth untertan sein werden und sich schriftlich verpflichten, ausschließlich durch ihre Gnade Arbeiter aufzunehmen, dann wird ein Kampf nicht mehr möglich sein. Die Histadruth wird den Unternehmern ihren Willen diktieren, genau so wie es die „proletari-

sche Diktatur" in Sowjetrußland tut, wo ein Streik einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Vor dieser erschreckenden Perspektive steht jetzt der jüdische Jischuw in Palästina. Indem so getan wird, als führte man Verhandlungen zur Liquidierung der Streikseuche auf dem Wege einer obligatorischen nationalen Arbitrage, trifft die Histadruth praktisch alle Vorbereitungen zu ihrer Diktatur, die auf ganz andere Weise die nationale jüdische Wirtschaft versklaven wird.

J. Schlechtman.

Rabbi Kook

In den letzten Wochen konnten wir einige Nachrichten lesen, die uns belehrten, daß die drei jungen jüdischen Patrioten, welche im Kerker Erez Israels schmachten, doch nicht alleine dastehen. Der größte Teil des Jischuw, insbesondere aber die religiösen Juden Erez Israels treten mit echt jüdischem Solidaritätsgefühl für die Freilassung der drei unschuldigen Märtyrer ein. Der Initiator dieser Bewegung und Förderer dieser jüdischen „Arewuth" ist das geistige Oberhaupt der Erez Israel-Judenheit Rabbi Abraham Jizchak Hakohen Kook.

Rabbi Kook hat den Jischuw alarmiert, die religiösen und die anderen Persönlichkeiten Erez Israels aus teuflischer Lethargie herausgerissen, auf daß sie ihm in seinem Kampf um die Wahrheit mithelfen, auf daß nicht selbstlose Hingebung an die zionistische Sache mit Gefängnis, kühnes Auftreten gegen die Zerstörer in unseren eigenen Reihen mit Galgen belohnt werden.

Wer ist nun Rabbi Kook? Er ist in der jüdischen Oeffentlichkeit keine neue Erscheinung. Er ist vor allem der bescheidene und zurückgezogen lebende Mann der Gottesfurcht und der Halachah, des jüdischen Gesetzes.

In seinen religionsphilosofischen Schriften werden die erhabensten Gedanken über Gott und Welt ausgesprochen. Eigenartig sind seine halachischen Abhandlungen, in denen er auch zu den brennendsten Problemen der Gegenwart wie, soziale Fragen (Streik, Streikbrecherei) usw. Stellung nimmt. Aber auch die zukünftige Gestaltung unseres Judenstaates wird von ihm mit immensem jüdischen Wissen und tiefer religiöser Ueberzeugung gemeistert. Was uns aber Rabbi Kook besonders lieb und teuer macht, ist sein Vermögen, rings um sich mit offenen Augen zu blicken, eine Eigenschaft, die jüdischen Gelehrten seiner Art sonst nicht jedem gegeben ist. Nehmen wir Bialik z. B.: er weiß nur von unserer großen Vergangenheit zu erzählen. Wie aber denkt Bialik, der große Bialik, der visionäre „Dichter des Zorus" über unsere Zukunft? Wie handelt er selbst diesbezüglich, und was rät er uns zu tun? Seine Gedanken darüber hat er nicht ausgesprochen. Seine Taten für unsere Zukunft aber als Haltung konsequenter Passivität zu kennzeichnen, dürfte kaum fehlgehen. Anders Rabbi Kook, „hakohen hagadol m'echaw", der Priester, welcher seine Brüder im Amte, die geistigen Führer aller Schattierungen weitaus überragt. Er versteht die Flammenzeichen der Zeit und verläßt sein Studierzimmer, um „seine Brüder in ihrer Unterdrückung" zu sehen, mit ihnen mitzufühlen und mitzuleiden.

Als er vor Jahren nach dem Ausland eingeladen wurde, lehnte er es ab, um nicht Erez-Israel auch nur einen Augenblick lang zu verlassen. Von solcher fanatischen Liebe zu unserem Lande will er die jüdische Jugend beseelt wissen. Darum verfolgt er mit Freude das allmähliche Erwachen unserer Jugend zum Kampf um die Befreiung unseres Landes von den Krallen der fremden Machthaber und unserer eigenen jüdischen Verräter. Da sitzt z. B. ein junger Mann im Gefängnis. Er ist blaß und mager, aber stark und tapfer im Willen. Er verkörpert in sich unseren 1000jährigen Schmerz, seiner Seele entringt sich das weithin vernehmbare Wehgeschrei nach Erlösung. Dieser junge Repräsentant der neuen jüdischen Jugend läßt jüdisches Recht nicht mit Füßen treten und muß deshalb immer wieder in den Kerker wandern. Wer kümmert sich um ihn und um seinesgleichen? Die Rabbiner bangen um ihre Posten und Pöstchen, die Dichter wollen ihre Ruhe haben und alle anderen Geisteskapazitäten wünschen ganz einfach, daß unsere Jugend „solid" und „brav" sei; dann werde ihr nichts Schlimmes passieren, so versichern sie. Einen nur gibt es, den es nicht ruhen läßt. Und mit goldenen Lettern wird deshalb auch sein Namen in die jüdische Geschichte eingetragen werden. Rabbi Kook schickt Botschaften an die „Gefangenen Zions", läßt sie trösten und besucht Achi Meïr im Gefängnis, Rabbi Kook, der einzige Lehrer, der auch Führer in Israel ist....

Nahum Gross.

Machinationen um den jüdischen Weltkongreß

(Erklärungen von I. Efrojkin.)

Die jüdische Welt kennt Israel Efrojkin, der einer der Gründer der jüdischen Volkspartei und einer der aktivsten Gönner in der jüdischnationalen Bewegung ist, sehr wohl. I. Efrojkin, gegenwärtig Präsident der Föderation aller jüdischen Vereinigungen in Paris und führendes Mitglied des Komitees zur Vorbereitung des jüdischen Weltkongresses, ist soeben von einer längeren Reise in den südamerikanischen Staaten zurückgekehrt, wo er sich um die Popularisierung des Kongreßgedankens und um die Organisierung von Komitees für den jüdischen Weltkongreß erfolgreich bemüht hat.

„Es ist rührend, mit welcher Begeisterung und Geschlossenheit die Juden Argentiniens und Brasiliens den Gedanken eines jüdischen Weltkongresses aufgenommen haben", erzählt Efrojkin. „Es ist mir gelungen, Komitees für den Weltkongreß zu organisieren, in die Vertreter aller jüdischen Parteien und Organisationen eingetreten sind. Auf dieser Plattform haben sich sogar jene zionistischen Gruppen vereinigt, die auf anderen Gebieten einander scharf bekämpfen: die Revisionisten und die linken zionistischen Parteien. Die Vertreter der letzteren haben zwar da und dort davon gesprochen, daß sie zum Weltkongreß gehen, um dort die „jüdische Bourgeoisie zu bekämpfen"; man muß aber diese abgeleierte Phraseologie nicht allzu tragisch nehmen. Die Hauptsache ist, daß alle Parteien bereit waren, zu den Wahlen zu gehen und ein positives Verhältnis zum großen Gedanken eines jüdischen Volkskongresses gezeigt haben."

„Bedauerlicherweise aber", erklärt Efrojkin, „habe ich hier in Europa eine Situation vorgefunden, die praktisch das Zugrabetragen des Weltkongresses im Sinne einer nationalpolitischen Aufgabe bedeutet. Ich habe nämlich erfahren, daß nach der Session des Zionistischen Aktions-Komitees in Jerusalem beschlossen wurde, die Einberufung des Kongresses noch um ein Jahr zu verschieben und daß im Zusammenhang mit diesem Beschluß alle Fraktionen des Zionistischen Aktions-Komitees die Unterstützung des Weltkongresses ausgesprochen haben.

Einige führende Mitglieder des Komitees zur Vorbereitung des Weltkongresses sehen diesen Beschluß als großen Erfolg des Kongreßgedankens an. Ich aber bin von dieser so geschaffenen Lage tief enttäuscht und davon fest überzeugt, daß damit in gewissem Maße alle Chancen zur Einberufung des Kongresses verschüttet sind. Die Sache hat ja schon ohnehin eine empfindliche Verzögerung erfahren. Der Kongreß hätte schon viel früher zusammentreten sollen. Der Beschluß, ihn wieder um ein Jahr zu verschieben, bedeutet für ihn möglicherweise einen Todesstoß. Denn im kommenden Jahr wird der 19. Zionistenkongreß stattfinden; zwei Weltkongresse in einem Jahr werden nicht abgehalten werden können, so daß der jüdische Weltkongreß um ein weiteres Jahr wird verschoben werden müssen, was so viel ist wie sein Tod.

Weshalb ist das alles so gekommen? Ausschließlich kleinlicher Parteiinteressen — und Kombinationen wegen. Es ist für niemand ein Geheimnis, daß die offiziellen führenden Kreise des amerikanischen Zionismus aus Gründen ihrer Beziehungen zu den Assimilanten des „Amerikanisch-jüdischen Komitees" dem jüdischen Weltkongreß feindlich gesinnt sind. Auch einige linke zionistische Parteien in Europa sehen die Einberufung eines solchen Kongresses nicht sehr freundlich an, denn sie verstehen, daß auf einem allgemein jüdischen Weltkongreß, an dem Juden aus dem ganzen Volk und nicht parteimäßig gebundene Menschen wählen würden, das Kräfteverhältnis ein anderes Bild bieten wird, als auf dem Zionistenkongreß. Und sie wollen nicht riskieren... Niemand hat aber den Mut, sich in so schwerer Zeit offen und kategorisch gegen eine allgemein jüdische nationale Repräsentanz auszusprechen. Deshalb ist ein anderer Weg beschritten worden: man hat dem Kongreßgedanken die größten „Sympathien" ausgesprochen, hat aber den Kongreß selbst um ein Jahr verschoben (faktisch um zwei!) und so seine Einberufung unmöglich gemacht.

Solche „Sympathien" sind für den Weltkongreß gefährlicher und schädlicher als offene Gegnerschaft. Ich habe das auf der Sitzung des Komitees zur Vorbereitung des Kongresses erklärt und verlangt, daß sich das Komitee in Zukunft auf solche Elemente und Gruppen der jüdischen Oeffentlichkeit stütze, die aufrichtig und ohne Hintergedanken mit beiden Beinen auf dem Boden des jüdischen Weltkongresses stehen, die keine Furcht vor dem Uebergewicht seitens des jüdischen Volksmenschen empfinden. Nur dann wird der Kongreß aus dem Stadium lauwarmer „Sympathien", in dem er sich seit Jahren befindet, herauskommen und verwirklicht werden können.

Borissow (Paris.)

Revisionisten Österreichs an Völkerbund

Anläßlich der Massenprotestkundgebung der Wiener Judenheit gegen die Handhabung der Einwanderungsgesetze durch die Palästinaregierung (wir berichten über diese Kundgebung im Innern des Blattes) hat der Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs an die soeben tagende Mandatskommission in Genf folgendes Telegramm gerichtet:

Die am 4. VI. 1934 8 Uhr abends stattgefundene Massenversammlung der Wiener Judenheit protestiert in tiefem Schmerze gegen die antijüdische und ungerechte Einwanderungspolitik Englands. In einer Zeit, in der die Not des jüdischen Volkes in fast allen Ländern Europas immer stärker wird, in Deutschland eine neue antisemitische Welle von ungeheurer Intensität wieder droht, Palästina aber eine Insel wirtschaftlicher Prosperität darstellt, hat England der Zionistischen Exekutive eine verschwindend kleine Anzahl von Zertifikaten zur Verfügung gestellt.

Die Wiener jüdische Bevölkerung wendet sich an die Mandatskommission des Völkerbundes als der Sachwalterin des Palästinamandates mit der Bitte, die Situation mit Ernst und Wohlwollen zu prüfen und die englische Palästinaadministration zu veranlassen, ihre Einwanderungspolitik grundlegend zu ändern.

Das Wiener Judentum protestiert

Wie in allen Ländern der Welt, ist auch das österreichische Judentum von tiefster Empörung über den fortgesetzten Bruch der von England eingegangenen Verpflichtungen gegenüber dem Jüdischen Nationalheim in Palästina ergriffen.

Auf Initiative des Landesverbandes der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs fand im Verein mit der „Judenstaatspartei" und dem „Misrachi" vergangenen Montag eine imposante Protestkundgebung statt. Der Zustrom zur Versammlung, die im großen Saal des Hotel Continental abgehalten wurde, war derart stark, daß Hunderte wieder den Heimweg antreten mußten, nachdem der Saal wegen Ueberfüllung von der Polizei gesperrt wurde.

Als erster Redner wies der Vertreter des Wiener Misrachi, Herr Dr. Rosenberg, auf die beispiellosen Zustände in Palästina hin, die einen offensichtlichen Bruch des Mandates bedeuten. Das jüdische Volk hat sein Recht auf Palästina nicht nur in der Balfour-Deklaration und im Mandat verbrieft erhalten, sondern vor allem vom Gott Israels. Die gegenwärtigen Führer der Zionistischen Organisation trifft ein Großteil der Schuld, denn sie sind von jüdischen Grundsätzen abgerückt. Das beste Beispiel dafür ist der Arlosoroff-Mordprozeß. Die jetzige Exekutive hat schon aus moralischen Gründen keine Berechtigung, an der Spitze des Volkes zu stehen.

Der frühere Präsident des Wiener Misrachi, Herr Viktor Bauminger, überbrachte die Grüße des palästinensischen Jischuw.

Unter stürmischem Beifall ergriff sodann der Redner des Landesverbandes der Zionisten-Revisionisten, Dr. David Bukspan, das Wort. Er übte scharfe Kritik an der Politik der Mandatarmacht. In einer Zeit der wirtschaftlichen Blüte Palästinas einerseits und der ungeheuren Leiden und Verfolgungen der jüdischen Volksteile in der Galuth andererseits tut die englische Mandatarverwaltung alles, um den — Arabern zu nützen. Die Anleihe, die ja doch nur aus jüdischen Steuergeldern getragen werden wird, dient nur Interessen der Araber. Aber am schändlichsten zeigt sich die britische Politik in der Handhabung der Einwanderungsgesetze. Während den Juden die Tore Erez Israels verschlossen sind, können die Araber ungehindert zu Tausenden die Grenzen Transjordaniens und Syriens überschreiten. Diese verbrecherische Haltung Englands zwingt das jüdische Volk zu entschiedenem Vorgehen, zu aktivem Widerstand. Unter ungeheuerem Jubel der Versammlung rief der Redner aus: „Von dieser Versammlung aus grüße ich die kämpfenden Demonstranten in den Straßen Tel-Avivs und Jerusalems. Die heutige Leitung der zionistischen Politik liege in Händen von Menschen, die mit der Blutschuld bedeckt sind. Aber das Dunkel lichtet sich. Achi Maïr ist frei. Der Revisionismus ist vom Blutverdacht gereinigt. Die heutige Exekutive ist durch die Blutbeschuldigung zur Macht gekommen. Sie hat nun kein Recht mehr, an der Spitze des Volkes zu stehen. Das jüdische Volk geht über solche „Führer" zur Tagesordnung über. Es vertraut nicht mehr einer Diplomatie, die seit 15 Jahren eine einzige große Niederlage bedeutet. Nur der Appell an die ganze nichtjüdische Welt, die Gewinnung aller Kräfte für die Lösung der Judenfrage durch die Petition kann die Lage in Palästina ändern. Es kommt aber nicht allein auf die Idee an, es muß auch der Mann an die Spitze gestellt werden, der imstande ist, die Idee zu verwirklichen. Dieser Mann ist der Schöpfer der jüdischen Legion, der Schöpfer des Betar, Vladimir Jabotinsky. Die Nennung des Namens des Führers der revisionistischen Weltbewegung riß die Versammelten zu einer jubelnden Kundgebung für Jabotinsky mit. Dr. Bukspan schloß seine Rede mit den Worten Achi Meïrs, die dieser beim Verlassen des Gerichtssaales gesprochen hatte: Jechi Jabotinsky, Tel Hai!

Als letzter Redner sprach Oberbaurat Stricker, der in klarer und eindeutiger Weise die Schuld der zionistischen Leitung an der gegenwärtigen Situation in Palästina nachwies. Diese Leitung hat die Sympathie des englischen Volkes verloren; sie hat durch ihre Erklärungen, daß die politische Lage günstig sei, das Verständnis des englischen Volkes für unsere Forderungen zerstört. Stricker charakterisierte den Verrat der „Auchzionisten", die sich durch beispiellosen Terror und eine unerhörte Blutbeschuldigung an der Macht halten. Er dankte dem religiösen Oberhaupt Palästinas Rabbi

Kook für sein mannhaftes Einstehen für die Beschuldigten im Arlosoroff-Prozeß.

Zum Schluß wurde eine Resolution verlesen, in der die englische Regierung aufgefordert wird, ihre vom Mandat vorgeschriebenen Verpflichtungen einzuhalten und die Tore Palästinas der jüdischen Einwanderung zu öffnen. In einer zweiten Resolution wird der Freude des jüdischen Wien über die Befreiung Achi Meïrs und der tiefen Entrüstung über die sozialistischen Drahtzieher der Blutbeschuldigung Ausdruck gegeben.

Die „Tikwah" beschloß die denkwürdige Kundgebung.

Das jugoslawische Judentum protestiert.

Belgrad. Im jugoslawischen Judentum herrscht wegen der Einschränkung der jüdischen Einwanderung nach Palästina durch die Mandatarmacht starke Erregung. In den Städten wurden Protestkundgebungen abgehalten, in denen an die Mandatarmacht die Aufforderung gerichtet wurde, den Erfordernissen der Entwicklung des Jüdischen Nationalheims Rechnung zu tragen. In den Resolutionen, die der Zionistischen Weltorganisation zwecks Weiterleitung an die Mandatarmacht übersandt wurden, wird Verstärkung der jüdischen Einwanderung und ein angemessener Anteil der Juden an den öffentlichen Arbeiten, an der Verwaltung, an den Budgets für Gesundheits- und Schulwesen und bei der Verwendung der neuen Palästina-Anleihe gefordert. Besonders eindrucksvoll verliefen die Kundgebungen in Zagreb, Osijek (Esseg) und Sarajevo.

Der britische Hausjude hat Palästina verlassen.

Jerusalem. Der bisherige Leiter des Einwanderungsamtes der Palästina-Regierung, Albert M. Hyamson, der 13 Jahre lang an der Spitze des Einwanderungsamtes stand und nunmehr nach Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand getreten ist, hat am 28. Mai Jerusalem mit dem Ziele London verlassen. Auf seinen Posten wurde bekanntlich der frühere erste Hilfssekretär der Palästina-Regierung, Eric Mills, berufen, dem als stellvertretender Direktor des Einwanderungsamtes der frühere Distriks-Kommissar Edwin Samuel, ein Sohn Sir Herbert Samuels, beigegeben ist.

Die antisemitische Unruhewelle in Polen

Warschau. Der Klub der jüdischen Abgeordneten im polnischen Sejm hat für den 5. Juni eine außerordentliche Sitzung einberufen, in der die Lage im Zusammenhang mit der in letzter Zeit verstärkten Welle antisemitischer Hetze und Ausschreitungen besprochen werden soll. Da der Vorsitzende des Parlamentsklubs, Rabbiner Dr. Osias Thon, durch Krankheit ans Haus gebunden ist, wird die Sitzung zum ersten Mal nicht im Warschauer Parlamentsgebäude, sondern in Krakau in der Wohnung Dr. Thons stattfinden.

Abordnung der Förderation polnischer Juden in England beim polnischen Außenminister.

Eine Abordnung der Förderation polnischer Juden in England bestehend aus Rabbiner H. Frenkel und L. Joskovicz besuchte das Warschauer Außenministerium und wurde vom Vizeminister Graf Szembek und Ministerialrat Zaleski empfangen. Die Londoner Herren brachten zur Sprache, daß die jüdische Bevölkerung in vielen Teilen Polens infolge der verschärften antijüdischen Hetze und der Ausschreitungen gegen Juden seitens der Radikal-Nationalen unter ständigem Terror steht. Die Regierungsmänner gaben den Gästen die Versicherung, daß die Regierung schärfste Maßnahmen gegen die Störer der Ordnung im Lande ergriffen hat und jeden Versuch, polnische Bürger ohne Unterschied von Glaube und Nationalität anzugreifen, zu verhindern wissen wird. Die Judenhetzer haben in der polnischen Gesellschaft keinen Einfluß.

Arlosoroff-Prozeß vor dem Ende.

Die Anklage zerschlagen

Jerusalem. In der am 28. Mai durchgeführten Verhandlung versuchte Verteidiger Horace Samuel nachzuweisen, daß die Spurensucher der Polizei Spuren verfolgten, die mit denen der Mörder nicht identisch waren, und daß diese auf ihrer Flucht einen ganz anderen Weg genommen hätten. Er bezog sich hierbei auf einen Bericht des Spurensachverständigen im Geheimdienst, Korporal Harwich. Dieser Bericht, erklärte der Verteidiger, sei zwar erstattet, aber infolge gewisser Umstände dem Gericht nicht übergeben worden. Er verlangte die Vorlage dieses Berichtes und die nochmalige Vernehmung des Korporals Harwich, der bereits von der Anklagebehörde als Zeuge geführt worden war, nunmehr als Zeuge für die Verteidigung. Entgegen dem Einspruch des Generalstaatsanwalts Trusted beschloß das Gericht, Korporal Harwich nochmals vorzuladen, Fragen an ihn über die Spurensucher jedoch nicht zuzulassen.

Korporal Harwich wurde sodann vernommen und bekundete, er habe festgestellt,

daß die Fußabdrücke Stavskys denjenigen der geflüchteten Mörder nicht ähnlich sind.

Ein anderer Beamter des Geheimdienstes, Zwi Holtzer, sagte aus, er sei zugegen gewesen, als Frau Arlosoroff auf dem Polizeirevier ein Album mit Photographien zur Identifizierung der Mörder vorgelegt wurde. Er habe gehört, wie Frau Arlosoroff sagte: „Zeigen Sie mir auch Photographien von Arabern!"

Am 29. Mai wurden mehrere Zeugen vernommen, die erklärten, Frau Arlosoroff habe ihnen unmittelbar nach dem Mord gesagt, sie glaube, einer der Mörder sei ein Araber. Als erster wurde der Ingenieur Andrei Gut vernommen, der den tödlich verwundeten Dr. Arlosoroff in seinen Wagen genommen und ihn zum Hadassah-Krankenhaus gebracht hat. Als er dann Frau Arlosoroff in Begleitung des Beamten der Zionistischen Exekutive Juschua Gordon in die Pension zurückbrachte, habe Frau Arlosoroff während der Fahrt erklärt:

„Ich bin zu 90 Prozent sicher, daß der kleinere Mann, der geschossen hat, ein Araber und der größere ein Jude war."

Auf die Frage des Generalstaatsanwalts Trusted, warum der Zeuge dies nicht bei seiner ersten Vernehmung auf der Polizei mitgeteilt habe, erklärte dieser, er habe es zwar gesagt, doch sei diese Aeußerung nicht ins Protokoll aufgenommen worden, weil die Polizei sie für unwichtig hielt. Hätte er gewußt, daß diese Aeußerung wichtig sein würde, so hätte er auf ihrer Protokollierung bestanden. Die Kaufmannsgattin Brucha Kulchinsky ist am Mordabend an der Käte Dan-Pension vorbeigekommen, vor der ein Krankenwagen stand und eine Menschenmenge angesammelt war. Als Bekannte von Frau Arlosoroff habe sie diese aufgesucht, um zu erfahren, was geschehen sei. Sie habe gehört, wie Frau Arlosoroff zu sich selbst sprach: Ich darf nicht vergessen, was ich der Polizei sagen soll. Der Polizist Abraham Malkowski, der am Strand darüber zu wachen hatte, daß die Fußspuren nicht verwischt werden, hat gehört, wie Frau Arlosoroff in ihrer dem Kommissär Stainford gegebenen ersten Schilderung des Geschehenen erklärte, der größere Mann, der Dr. Arlosoroff mit den Worten „Kamah Haschaah" nach der Zeit fragte, habe mit orientalischem Akzent gesprochen und auch der andere, der den Schuß abgab, sei von orientalischem Typus gewesen. Der im Schlachthaus von Tel-Aviv beschäftigte Arbeiter Saadia Ben Joseph Nahum erklärte, Oscher Chasan, der Hauswirt Stavskys und Achi-Meirs, habe ihm gesagt:

Man kann sich nicht freuen, wenn die freikommen. Man müßte etwas tun, damit sie verurteilt werden, sie sind Schufte und Streikbrecher. Glauben Sie, die Stellung von uns Arbeitern wird dieselbe bleiben, wenn sie nicht schuldig befunden werden?

Am Schlusse der Sitzung sagte der jüdische Detektiv Nahum Ben Ezra Saadia aus, daß Oscher Chasan, Stavskys Hauswirt, ihm, dem Zeugen, gesagt hatte: „Wir müssen Stavsky begraben."

In der Gerichtssitzung am 30. Mai vormittags sagte der Berliner Lichtsachverständige Professor Levensohn aus, der in mondlosen Nächten an der Mordstelle Experimente angestellt hat. „Er erklärte, die Experimente hätten ergeben, daß zu dieser Zeit und an dieser Stelle in der Entfernung von einem halben Meter Rot als Schwarz gesehen wurde.

Es sei unmöglich, daß die Person, die Dr. Arlosoroff ins Gesicht leuchtete, von einer Begleitperson Dr. Arlosoroffs gesehen werden konnte. Zu dieser Zeit konnte auch weder der rote Zick-Zack-Streifen an Rosenblatts Jacke, noch das Muster derselben gesehen werden.

Auf die Frage Richter Corries, ob derjenige, der den Schuß abgab, genauer gesehen werden konnte, erwiderte Professor Levensohn: Nur das Gesicht in den Umrissen konnte gesehen werden, jedoch die Züge im einzelnen wären nur sehr verschwommen sichtbar, so daß es unmöglich sein müßte, die betreffende Person später wiederzuerkennen.

Es folgte die Einvernahme Abraham Schapiros, des bekannten Kolonistenführers aus Petach Tikwah, eines der ältesten und populärsten jüdischen Kolonisten in Palästina. Er wurde von der Verteidigung als Zeuge geladen. Er erklärte, daß Abu Ruz, der zweite arabische polizeiliche Spurensucher, ihm gegenüber beteuert habe:

„Ich gebe meinen Kopf dafür, daß die am Strande vorgefundenen Fußabdrücke nicht die der Angeklagten sind."

Schammah Kuperstein, ein Angestellter des Magistrates in Tel-Aviv, sagte aus, am Freitag abends nach dem Morde habe Frau Arlosoroff dem Polizisten Shermeister in seiner, des Zeugen, Gegenwart in der Käte Dan-Pension gesagt, sie habe Grund, anzunehmen, daß Araber Arlosoroff ermordet hätten. Shermeister, der nun vom Gerichte zum zweiten Male vernommen wurde, sagte aus, er sei der erste Polizist gewesen, der Frau Arlosoroff nach dem Morde in der Käte Dan-Pension, wo sie wohnte, ausgefragt hatte. Auf seine Frage, was für Leute die Mörder waren, habe Frau Arlosoroff geantwortet: „Ich glaube, es waren Araber."

Auch in der Vor- und Nachmittagssitzung des 31. Mai wurden nur von der Verteidigung geführte Zeugen vernommen. Der Vorsitzende, Richter Corrie, fragte den jüdischen Polizisten Shermeister, warum er nicht seinem Vorgesetzten alle Einzelheiten seines Gespräches mit Frau Arlosoroff in der Käte Dan-Pension kurz nach dem Morde an Dr. Arlosoroff mitgeteilt, ferner, warum er diese Einzelheiten nicht in sein Dienst-Tagebuch eingetragen hatte. Shermeister erwiderte, er habe seinem Vorgesetzten alle Einzelheiten mitgeteilt, sie jedoch nicht in sein Dienst-Tagebuch eingetragen, weil er zur Zeit seiner Unterhaltung mit Frau Arlosoroff nicht Dienstkleidung trug und sein Dienst-Tagebuch nicht bei sich hatte.

Der Araber Suleiman Mowaket und der Jude Ephraim Elieser sagten aus, Frau Arlosoroff habe anläßlich einer Identifizierungsvorführung sie als die möglichen Mörder aus der Mitte der anderen heraus bezeichnet. Mordechai Meiri sagte aus, der Spurensucher Abu Ruz habe ihm gesagt, er halte es für unmöglich, daß Stavsky und Rosenblatt den Mord an Dr. Arlosoroff begangen hätten.

Die Rolle der Sozialisten.

In der Verhandlung am 1. Juni wandte sich der Vorsitzende Richter Corrie scharf dagegen, daß der Verteidiger Horace Samuel durch die Art, wie er das Kreuzverhör führte, den Eindruck zu erwecken suche, daß die Histadruth aus dem Arlosoroff-Fall politisches Kapital gegen die Revisionisten schlagen will. Der Vorsitzende erklärte, diese politischen Fragen gehörten überhaupt nicht zur Sache. Den Anlaß zu dieser Bemerkung des Vorsitzenden gab die Vernehmung des Misrachi-Führers Rabbi J. L. Fishman, an den der Verteidiger Fragen betreffend die politischen Verhältnisse im Zionismus zur Zeit des Arlosoroff-Mordes gestellt hatte.

Rabbi Fishman erklärte, die politischen Verhältnisse im Zionismus seien nicht so zugespitzt gewesen, daß sie Revisionisten veranlassen konnten, einen Führer der Histadruth zu ermorden.

Rabbi Fishman erklärte weiter, seiner Meinung nach sei Arlosoroff nicht ein extremer Histadruth-Mann und kein erbitterter Gegner des Revisionismus gewesen.

Es wurden dann noch sechs von der Verteidigung geführte Zeugen, unter ihnen der bekannte Talmud-Gelehrte Rabbi Chaim Kosowsky, vernommen.

Ein Brite stellt fest:

England hat die Schaffung eines Judenstaates geplant

London. Auf einem im Woburn House in London unter dem Vorsitze von Rabbi M. L. Perlzweig abgehaltenen Vortragsabend sprach der hervorragende Journalist Herbert Sidebotham, der in der Bewegung zur Gewinnung Englands für die Politik des Jüdischen Nationalheimes eine bedeutende Rolle gespielt hat, über das Thema „England und die Krise der Judenheit". England, so führte der Redner aus, habe ein Privileg und eine Pflicht, dem jüdischen Volke bei der Ueberwindung der von ihm jetzt durchlebten kritischen Periode beizustehen. Diese Krise sei einzigartig, nicht nur, was die Juden betreffe, sondern auch in der gesamten Weltgeschichte.

Während des Krieges, fuhr Herbert Sidebotham fort, habe er die Notwendigkeit erkannt, daß England ein Territorium zur Sicherung eines so wichtigen Verbindungsweges, wie es der Suez-Kanal ist, besitze. Er habe gewußt, daß die palästinensischen Araber nicht das richtige Material für einen solchen Zweck seien; und im Jahre 1915 habe er als der erste Engländer in der Geschichte die Forderung aufgestellt, daß England die Juden nach Palästina zurückführe und dieses zu einem selbständigen Land unter britischer Oberhoheit mache. Bald darauf sei er von Dr. Weizmann, Harry Sacher, Simon Marks und Israel Sieff beauftragt worden, ein Memorandum über diese Frage zwecks Vorlage an das Foreign Office auszuarbeiten. Er habe sich auch mit diesen Männern an der Herausgabe der Wochenschrift „Palestine" beteiligt, die von 1916 bis 1932 erschien.

Es könne nicht daran gezweifelt werden, daß die englische Regierung bei Erlaß der Balfour-Deklaration einen Judenstaat unter englischer Garantie unter Sicherungen für die bereits im Lande befindliche Bevölkerung beabsichtigt hatte; daß sie der Auffassung war, Palästina solle ebenso jüdisch werden, wie England englisch ist.

Zweifellos wäre die Regelung nach diesen Grundsätzen erfolgt, wenn das Mandat 1918 oder 1919 erteilt worden wäre; dies sei jedoch erst 1922 geschehen. Damals hatte sich bereits die Lage und die Stimmung der Beteiligten geändert. In England habe eine starke Abneigung gegen alle Verwicklungen geherrscht, und die Araber, die anfänglich den Zionismus begrüßt hatten, begannen mit ihren Intrigen. Der politische Aspekt der Frage wurde nicht länger betont, Palästina war zu einer Heimstätte bloß in kulturellem Sinne geworden; dies bildete den Kernpunkt des Weißbuches vom Jahre 1922.

Die Krise der deutschen Juden, schloß Sidebotham, schuf eine neue Position; es schien, als ob eine von Gott geschaffene Gelegenheit zur Befestigung der Allianz zwischen den Juden und Großbritannien eingetreten sei, die gleichzeitig den britischen Interessen dient. Aber die Stimmung im Lande war im ganzen dagegen, ein neues Risiko auf sich zu nehmen. Die Administration Palästinas hat die ihr von der Jewish Agency vorgeschlagene Schedule unter Hinweis auf die wirtschaftliche Absorptionsfähigkeit des Landes scharf reduziert.

Es gibt aber eine größere Gefahr, als allzufreie Einwanderung, nämlich die, ein aufstrebendes Land in seiner Entwicklung zu hemmen; und gerade das geschieht jetzt in Palästina.

Der Hauptpunkt, auf den sich die Engländer in dieser Frage konzentrieren sollten, sei die Tatsache, daß es sich hier nicht um eine Liebhaberei, sondern um ein gewaltiges Ideal, das größte Ergebnis des Weltkrieges, handle. Es bedeute die vollständige Umwandlung des gesamten Gebietes zwischen Mittelmeer und Tigris und Euphrat. Diese

Aufgabe zu lösen, sei das Privileg Englands in der gegenwärtigen Krise und seine Pflicht. Auch militärische Erwägungen kämen hier in Frage. Aber der Hauptgesichtspunkt müsse der sein, daß es um ein Werk der Gerechtigkeit gehe. Die Vorsehung habe England die Möglichkeit in die Hand gegeben, das älteste Unrecht in der Welt wieder gutzumachen. Dieser Aufgabe sollte sich England gewachsen zeigen.

Tagung der Mandats-kommission

Genf. Die XXV. Tagung der Ständigen Mandatskommission hat hier am 30. Mai begonnen. Das Verhör mit den Vertretern der Mandatarmacht für Palästina begann Donnerstag, den 31. Mai, und dauerte den ganzen Tag und noch den Vormittag des Freitag, den 1. Juni. Im Namen der Mandatarmacht wurden die Fragen der Kommission von J. H. Hall, dem Herr Nurok assistierte, beantwortet. An den Beratungen nahmen als Kommissionsmitglieder teil: Theodoli-Italien (Vorsitzender), van Rees-Holland (Vizevorsitzender), Prof. Rappard-Schweiz, Prof. Palacios-Spanien, Graf Penha-Garciae-Portugal, Lord Lugard-Großbritannien, Merlin-Frankreich, Sakenobe-Japan, Orts-Belgien, Frl. Dannevig - Norwegen, Weaver-Großbritannien, Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes und der Direktor der Mandatsabteilung des Völkerbundsekretariates Catastini-Italien.

Außer dem Bericht der Mandatarmacht liegen der Kommission offiziell folgende Dokumente vor, die in dieser Tagung erörtert werden: 1. Das Memorandum der Jewish Agency for Palestine, zu dessen Berichterstatter Graf Penha-Garcia-Portugal ernannt wurde. 2. Memoranda des Waad Leumi, des palästinensischen Oberrabbinats und der „Central Agudath Israel" von April und Mai 1933 mit Beobachtungen der Mandatarmacht vom 15. Juni 1933. Das Memorandum des Oberrabbinats und des Waad Leumi beziehen sich auf eine Benachteiligung der Rabbinatsgerichte durch die Gemeindeordnung; die „Agudath Israel" fordert ihre Anerkennung als autonome Gemeinde. Dieselbe Forderung enthält ein weiteres Memorandum des „Waad Adath Aschkenasim" vom 28. August 1933 mit Beobachtungen der Mandatarmacht vom 25. November 1933. Zum Berichterstatter für den in diesen Petitionen berührten Fragenkompex wurde Prof. Rappard-Schweiz ernannt. 4. Eine Petition von Auni Abdul Hadi, Generalsekretär der „Arab Independence Party" Jerusalem vom 25. Mai 1933 mit Beobachtungen der Mandatarmacht vom 14. Juli 1933, die eine Kritik der Darlegungen Sir Arthur Wauchopes anläßlich der vorjährigen Tagung der Mandatskommission enthält. Berichterstatter: Prof. Palacios-Spanien. 5. Petitionen einer „Palästinensisch-arabischen Vereinigung in Cuba" (vom 18. Mai 1933), des syrischen Arabers Ishan el Djabri (vom 5. Oktober 1933), des syropalästinensischen Komitees in Kairo (vom 29. Oktober 1933), verschiedener Notabeln von Nablus (vom 30. September 1933), einer Anzahl von Einwohnern von Kalkilich (vom 2. November 1933). Alle diese Petitionen beziehen sich auf die Vorfälle im Oktober v. J. (Zusammenstöße der Araber mit der Polizei) und auf Klagen bezüglich der jüdischen Immigration. Eine Petition zur **Frage der jüdischen Immigration**, datiert vom 29. November 1933, von dem Zionistischen Landesverband Ostfrankreichs, Straßburg, steht ebenfalls auf der Tagesordnung. Berichterstatter für alle diese Petitionen ist Orts-Belgien. 7. Eine Petition aus Syrien vom 15. April 1934 mit Beobachtungen der französischen Mandatarmacht vom 19. Mai 1934, **die Versuche von Bodenkäufen in Syrien durch die Zionistische Organisation** behandelt. Diese Petition ist erst in den letzten Tagen eingelaufen und die Kommission hat für sie noch keinen Berichterstatter ernannt. Sie wird übrigens erst im Zusammenhang mit der Prüfung des Jahresberichtes über Syrien zur Sprache kommen können.

Als Vertreter der Jewish Agency for Palestine weilt Dr. V. Jacobson in Genf. Der Präsident der Weltunion der Zionisten-Revisionisten, W. Jabotinsky, der am 3. Juni einen Vortrag in Zürich hält, ist ebenfalls nach Genf gekommen. **Die Petition der Revisionisten ist der Mandatskommission auf offiziellem Wege über die Mandatsmacht noch nicht zugestellt worden.**

Die Verhandlungen der Kommission sind, wie bekannt, geheim und ihr Ergebnis wird erst Anfang September d. J. zur Veröffentlichung gelangen.

Der britische Regierungsvertreter berichtet.

Der Generalsekretär der palästinensischen Regierung John Hathorn Hall verlas vor der Mandatskommission des Völkerbundes ein sehr langes und in Einzelheiten gehendes Exposee, in welchem er die im schriftlichen Jahresbericht der Mandatarmacht für 1933 enthaltenen Angaben resümierte:

Er stellte zunächst mit Befriedigung fest, daß die wirtschaftliche Lage Palästinas gesund bleibt und daß, trotz bedeutender Steuernachlässe, die Einkünfte der Regierung auf ihrer früheren Höhe geblieben sind. Das Land, sagte er, kann mit Stolz auf einen beneidenswerten Wohlstand hinweisen, in einer Welt, die unter dem Zeichen allgemeiner wirtschaftlicher Depression steht. Zum 31. März 1934 hat der Budgetüberschuß der palästinensischen Regierung 2½ Millionen Pfund erreicht. Ein anderes überzeugendes Zeichen des Wohlstandes ist die Summe des im Umlauf befindlichen Geldes, die im Jahre 1933 beinahe 4 Millionen Pfund erreicht hat, gegen nur 2½ Millionen Pfund im Jahre 1932. Die diesjährige Levante-Messe in Tel-Aviv hat das Ausmaß einer wirklich internationalen Ausstellung erreicht und hat eine hervorragende Geschäftsbelebung für das Land herbeigeführt.

Obwohl die Finanzen Palästinas gesund seien, leidet noch ein Teil der Landbevölkerung unter den Folgen einer Serie von durch Elementarereignisse verursachten Mißernten. Der Oberkommissar hat alle nötigen Schritte unternommen, um diesem Bevölkerungsteil (es handelt sich hier um rückständige Wirtschaften arabischer Fellachen. D. Red.) zu helfen. Außer diesen Hilfsmaßnahmen hat die Regierung ihre Tätigkeit auf dem Gebiete des Unterrichtswesens weitergeleitet und ausgebaut. Sie hat neue Schulen errichtet und hat Geldmittel zur Einstellung von weiterem Lehrpersonal und zum Einkauf von Schulmaterial zur Verfügung gestellt. Weiters wurden Maßnahmen getroffen, um einen besseren Ertrag der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen.

Die Kooperativbewegung (Konsum- und Verkaufsgenossenschaften) spielen nach wie vor eine hervorragende Rolle im jüdischen Wirtschaftsleben und die Regierung hat einen vielversprechenden Versuch unternommen, um die gleiche Bewegung auch unter den rückständigsten Teilen der arabischen Bevölkerung zu organisieren. Andererseits hat die Regierung im laufenden Finanzjahr mit der Ausführung eines großangelegten Programms der öffentlichen Gesundheitspflege begonnen. Eine neue Verordnung über die Regelung des Verkaufs von alkoholischen Getränken wird demnächst herauskommen. Die Regierung hat die verschiedenen Zuschüsse aus öffentlichen Geldern für jüdische, pädagogische, sanitäre und landwirtschaftliche Zwecke erhöht. Die Vereinbarung, gemäß welcher die Regierung an den verschiedenen, von der Jewish Agency und dem Waad Leumi unterhaltenen Forschungsinstituten mitarbeitet, hat die erfreulichsten Folgen für das ganze Land gezeitigt.

Und wird gefragt...

Nach Anhören dieser Ausführungen von John Hathorn Hall begannen die Mitglieder der Kommission, dem Vertreter der Mandatarmacht Fragen zu stellen.

Diese bezogen sich auf weitere Auskünfte betreffend die wirtschaftliche Lage des Landes, auf die blutigen Vorgänge im Oktober v. J. (Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Arabern), auf die Rolle und die Verantwortung der arabischen Exekutive bei diesen Vorgängen, auf das Zusammenleben der Juden und Araber, auf die Gemeindeverordnung, auf die Frage der jüdischen Immigration und die Probleme der allgemeinen Verwaltung Palästinas.

Gesucht auf ein Gut in der Č. S. R.

junger Mann oder Mädchen aus guter Familie, perfekt neuhebräisch sprechend, welche(r) gegen Ferienaufenthalt bei guter Verpflegung und eigenem Zimmer, bereit wäre, während der Ferien den 4 Kindern des Hauses hebräischen Unterricht zu erteilen, bzw. hebräische Konversation zu betreiben. Anträge mit kurzem „curriculum vitae" unter „Turner bevorzugt" an das Blatt.

Jüdische Welt

Antisemitische Exzesse in Griechenland.

Saloniki. In Castoria kam es zu ernsten antisemitischen Ausschreitungen. Auf dem jüdischen Friedhof wurden Grabsteine zertrümmert, in jüdischen Häusern wurden die Fenster eingeschlagen. Mitglieder der antisemitischen Organisation E. E. E. marschierten durch die Straßen und riefen im Chor: „Griechen, tötet die Juden!" Die Polizei verhielt sich passiv.

Jüdische Wahlkurie in Saloniki abgeschafft.

Athen. Die griechische Deputiertenkammer hat mit 108 gegen 60 Stimmen das neue Wahlgesetz angenommen, durch das die besondere Wahlkurie für Juden in Saloniki endgültig abgeschafft wird.

Antijüdische Hetze in Peru und Chile.

Lima. Unter dem Einfluß deutscher Nationalsozialisten betreibt ein Teil der spanischen Presse in Peru eine scharfe antijüdische Hetze. Die Jüdische Gemeinde in Lima ernannte eine Kommission zur Bekämpfung des aus Deutschland importierten Antisemitismus und erhob auch schon bei der Regierung Vorstellungen gegen die Verbreitung antijüdischer Legenden.

Feldzug gegen Synagogen in Rußland.

Moskau. In letzter Zeit hat in einer Reihe von Städten mit starker jüdischer Bevölkerung, darunter Odessa, Kiew, Baku und Njepropetrowsk, ein Feldzug gegen jüdisch-religiöse Einrichtungen eingesetzt, der zur Schließung zahlreicher Synagogen führte. Die lokalen Behörden geben keinerlei Grund für diese Maßnahme bekannt. Besonders radikal wurde die Kampagne in Njepropetrowsk durchgeführt, wo von 45 Synagogen nur drei kleine Bethäuser an der Stadtperipherie mit einem Fassungsraum für 700 Personen ihrer ursprünglichen Bestimmung erhalten geblieben sind. Dabei beträgt die jüdische Bevölkerung 100.000 Seelen, von denen mindestens 10.000 streng religiös leben.

Die Juden in Afghanistan außerhalb des Gesetzes gestellt.

Jerusalem. Aus Kabul trifft die Meldung ein, daß die Regierung von Afghanistan ein neues Gesetz in Geltung brachte, das die Juden aller ihrer bürgerlichen Rechte entkleidet und ihnen Sondersteuern auferlegt. Ferner darf gegen einen Juden, der das Landesgesetz auch nur im mindesten übertritt, mit Vermögenskonfiskation vorgegangen werden. Auch werden Juden nur begrenzte Wohnrayone zugewiesen.

Einschränkung der Einwanderung nach Brasilien.

Rio de Janeiro. Die brasilianische Regierung hat eine Verordnung erlassen, derzufolge die Einwanderung nach Brasilien pro Jahr auf 2 Prozent der Stärke jeder in Brasilien wohnenden Nationalität nach den Ziffern der Volkszählung von 1920 beschränkt wird. Die neue Verordnung bedeutet einen schweren Schlag für die jüdische Einwanderungsbewegung.

Ausweisung von Flüchtlingen aus Belgien.

Antwerpen. Im Gegensatz zu der kürzlichen Mitteilung des Brüsseler Flüchtlings-Hilfskomitees, erfährt man immer wieder von Ausweisungen zahlreicher aus Deutschland geflüchteter Juden aus Belgien. In der Hauptsache handelt es sich um polnische Staatsangehörige, die bis zum Hitler-Umsturz viele Jahre in Deutschland wohnten. Allein in Antwerpen haben 200 Flüchtlingsfamilien den Befehl zum Verlassen des Landes erhalten. Besonders drakonisch wird gegen jene Flüchtlinge vorgegangen, die sich nach Arbeit umsehen.

1400 jüdische Stadtratsmitglieder in Polen.

Warschau. Laut dem amtlichen Ergebnis der Stadtratswahlen in 304 polnischen Städten wurden von insgesamt 5786 Mandaten 3289 Angehörige des Regierungsblockes (47%), 592 Angehörige regierungsfreundlicher jüdischer Parteien (Agudisten und Unparteiische), 504 Zionisten, 48 Bundisten, 48 Rechte Poale Zion, 15 Linke Poale Zion und 168 Juden auf den Listen polnischer politischer Parteien gewählt.

Die antisemitischen Nationaldemokraten haben gemeinsam mit den christlichen Demokraten im ganzen 535 Sitze errungen.

Vier Juden im neuen Bukarester Stadtrat.

Bukarest. Bei den Wahlen zum Bukarester Stadtrat haben die Liberalen einen großen Sieg davongetragen; auf ihre Liste wurden 25.000 Stimmen, auf die Liste der Nationalzaranisten 9000 Stimmen abgegeben. Cuza hatte auf die Aufstellung einer eigenen Liste verzichtet, offenbar weil auch die Juden keine eigene Liste aufgestellt hatten. Im zweiten Wahlbezirk der Stadt, der auch das Judenviertel einschließt, wurden auf der Liste der Liberalen auch vier Juden zu Stadträten gewählt, unter ihnen der Präsident der Jüdischen Gemeinde Senator S. Birman.

Anteil der Juden an der Schweizer Bevölkerung.

Zürich. Der Direktor des Eidgenössischen statistischen Amtes Dr. Carl Brüschweiler teilte auf der letzten Tagung der Schweizerischen Statistischen Gesellschaft mit, daß „die Juden nach der letzten Volkszählung mit 0.4 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung eine noch kleinere Minderheit bilden als vor 10 oder 20 Jahren." 1920 bildeten die Juden mit 20.955 Seelen noch 0.54 Prozent der Vier-Millionen-Bevölkerung der Schweiz.

Kowno zählt 26.000 Juden.

Kowno. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die litauische Hauptstadt Kaunas (früher Kowno) ist eine der europäischen Städte, die seit Kriegsende am meisten gewachsen ist. Am 1. Jänner 1934 hatte sie 102.750 Einwohner, und zwar 70 Prozent Litauer, 25 Prozent Juden (die als Volk gezählt wurden) und 5 Prozent andere (Polen, Deutsche und Russen).

Wachsende Not unter den litauischen Juden.

Kowno. Die auf der Konferenz jüdischer Volksbanken Litauens erstatteten Berichte enthüllten eine zunehmende Verschlechterung der ökonomischen Position der litauischen Judenheit. Seit Anfang 1933 werden die Juden allmählich aus allen Zweigen des Handels hinausgedrängt; der Handel konzentriert sich jetzt in litauischen Händen. Die Entwertung des amerikanischen Dollars hat die Not verschärft, da zahlreiche jüdische Familien in Litauen auf Geldunterstützungen seitens ihrer in Amerika wohnenden Verwandten angewiesen sind.

Ausweis der Keren Tel Hai-Fonds in ČSR.

Ort: Bratislava (Ausweis Nr. I) in Kč:

Klara Schnitzler 11.60, Illus Gyneg 10, Berci Beck 40, Desider Stern 16, S. Tauber 12, Josef Berkowitsch 10, Glück 15, Ernst Kertner 27, B. Beck 35, S. Neumann 10, A. Farkas 13, S. Eckstein 30, J. Weingarten 10, A. Leuchter 10, J. Konstantinowsky 10.70, I. Gyneg 18, R. Feigenbaum 10, J. Hofstätter 10, D. Wiener 10, B. Beck 36, J. Stern 10, B. Beck 12, D. Stern 19, M. Glück 15, J. Spitzer 13, B. Linkenberg 30, B. Feigenbaum 16, D. Stern 13, D. Stern 13, M. Brunner 14, G. Horowitz 30, M. Dimond 23, J. Stern 14, F. Hornik 11.20, B. Beck 73, J. Hofstätter 13, F. Haselnuß 17, S. Tauber 11, B. Beck 50, N. Izbicka 14, B. Feigenbaum 16.50, E. Apfel 10, E. Groß 23, M. Dimond 20, B. Beck 100, M. Sichermann 14, Vortrag Dr. Weisl 55, 72 Mal unter Kč 10... 361.20, zusammen Kč 1342.20.

Ort: Nitra:

H. Neumann 14, R. Bayer 13, S. Jellinek 13.25, N. Steinmetz 15, S Jellinek 15.80, H. Wadas 25.75, Dr. A. Freund 11, S. Jellinek 11.10, R. Berger 12.05, T. Neumann 10.45, S. Grün 27.20, T. Neumann 10, S. Jellinek 26.45, R. Berger 10.50, 42 Mal unter Kč 10... 165.10, zusammen Kč 380.65.

Ort: Růžomberok.

Jüdische Kultusgemeinde Thoraspende 50, 4 Mal unter Kč 10... 18.30, zus. Kč 68.30.

Ort: Velký Kapusany:

L. Gottfried 12.50, 4 Mal unter Kč 10... 10.45, zusammen Kč 33.40.

Infolge technischer Schwierigkeiten ist dieser Ausweis aus ČSR. unvollständig. Die Ergänzung erfolgt in der kommenden Nummer des „Judenstaat".

Olympiade, Sport und unsere Jugend

Von Dr. Wolfgang von Weisl.

Wir bringen diesen für palästinensische Revisionisten bestimmten Artikel Dr. Weisls, weil er zum großen Teile auch Richtlinien enthält, die für den Sportbetrieb der Jugend in Europa maßgebend sein sollen.

I.

Der Ausflug unserer braven Sportler nach Indien hat eine gewisse Beachtung gefunden; auch bei der Messe in Tel-Awiw gab es eine Reihe von sportlichen Veranstaltungen, die sogar von der europäischen Presse kommentiert wurden, wenn auch nicht gerade günstig. Und jetzt tritt Palästina in die Reihe der Länder ein, die an den nächsten olympischen Spielen im Jahre 1936 teilnehmen und mit anderen Völkern der Welt um die Ehre ringen sollen, auf daß ihr nationales Banner hochgezogen werde auf dem Mast, der für die Sieger der olympischen Spiele bestimmt ist.

Die Frage entsteht, was das die nationale Jugend Palästinas und was dieses Sporttreiben die revisionistische Jugend angeht. Wir wollen uns mit eiserner Klarheit vor Augen halten, daß wir unser nationales Ideal, körperliche Ertüchtigung des Volkes, Erziehung zu Disziplin, Erziehung zum Selbstschutz — nicht verwechseln dürfen mit der geistlosen Art des Sportes, wie er heute von der ganzen Welt betrieben wird. Unsere Ahnen, die Makkabäer, haben mit Feuer und Schwert aus der Mitte unseres Volkes gerade jene Menschen ausgerottet, die für die griechischen Sportarten allzuviel Sympathie hatten. Und genau so hielt es Bar Kochba, der sich nicht für römischen Sport begeisterte, aber trotzdem ein tüchtiger Sportler und ein tüchtiger Feldherr gewesen ist.

Wir können nicht ohne weiteres das Sportideal Europas übernehmen. Wieder erinnere ich an Bar Kochba. Die Ueberlieferung meldet, daß er für die Aufnahme in sein Heer gewisse Sportprüfungen eingeführt hat. Ein Mann mußte im Galopp einen jungen Baum aus der Erde reißen können; er mußte sich einen Finger der linken Hand abhacken, um zu zeigen, daß er Schmerzen verträgt u. dgl. m. Es waren also solche Sportprüfungen, die für den Heeresdienst von Wichtigkeit waren. Welche Sportübungen braucht unsere Jugend? Versuchen wir uns den sportlichen Erziehungsgang klarzumachen, der als Programm für die revisionistische Jugend in Palästina und in der ganzen Welt nötig wäre.

II.

Als erstes und wichtigstes scheint mir zu sein, daß unsere Jugend innige Verbundenheit zum Lande gewinne.

Ein Betari muß jeden Hügel, jedes Wasserloch, jedes Haus, jede Pflanzung, jeden Weg in einem bestimmten Umkreis um seine Kolonie herum kennen. Er muß imstande sein, bei Tag und Nacht, bei Mondschein, im Finsteren und bei Regen einen bestimmten Punkt zu erreichen und einen bestimmten Weg dabei zu gehen. Solche Ortskenntnis zu vermitteln, scheint mir an erster Stelle unserer Erziehungsarbeit stehen zu müssen. Wie kann ein junger Mensch ein Land lieben, das er nicht kennt?

In Europa braucht Ortskenntnis nicht Gegenstand der Sportarbeit zu sein, weil der deutsche, österreichische, tschechische Sportler von Kindheit daran gewöhnt ist, mit seinem Vater, seiner Mutter weite Wanderungen zurückzulegen. Für ihn ist die Ortskenntnis der Umgebung seiner Stadt etwas Selbstverständliches. In Palästina ist dies eine verschwindende Ausnahme und deshalb müssen wir hier anfangen.

Ortskenntnis läßt sich nur durch ausgedehnte Märsche erwerben. Immer wieder muß dasselbe Ziel auf verschiedenen Wegen erreicht werden. Bei diesen Märschen lernt aber unsere Jugend nicht nur die Gegend kennen, sondern — was noch wichtiger ist — auch die Menschen, die dort wohnen.

Marschieren ist eine Kunst, die gelernt sein will, vor allem, wenn es sich um Märsche im tropischen Klima handelt. Die Fremdenlegion lernt überhaupt nur einen einzigen Sportzweig: marschieren. Marschieren zu jeder Stunde des Tages, marschieren zu jeder Stunde der Nacht, marschieren im Laufschritt mit 5 Minuten Pause nach je einer Stunde. Marschieren ohne Essen und ohne Trinken, marschieren mit dem Tornister am Rücken, der 40 Kilogramm wiegt und mehr. Das ist die Erziehung des Soldaten, das muß die Erziehung des Betari werden, als Knabe und als Jüngling: marschieren.

Enver Pascha hat im Jahre 1909 Adrianopel für die Türkei zurückgewonnen, weil seine Truppen 80 Kilometer in einem Tage marschiert sind. Kriege werden nicht immer mit der Waffe entschieden, sondern mit den Füßen. Fußballspiel ist ganz nett und ganz lustig — ich bin dafür, daß unsere Betarim Fußball spielen — aber nur in der Nachmittagspause nach einem Marsch von 25 Kilometer und vor dem Rückmarsch.

Ich möchte das allen meinen Freunden in Palästina einhämmern: Kein Sport im Lande ist so wichtig, wie das Marschieren. Und deshalb schlage ich vor: Eure Sportgruppen im ganzen Lande mögen auf der Landkarte einen Zirkel von 30 Kilometer rund um einen Ort ziehen und sich verpflichten, innerhalb dieses Kreises jeden Ort während eines Jahres zumindest einmal, womöglich aber zweimal zu besuchen. Sie mögen die Ausflüge dorthin organisieren, bei Tag marschieren, bei Nacht lagern und am nächsten Tage heimmarschieren. Die jüngeren Gruppen sollen nur 15 oder 20 Kilometer weit die Gegend durchforschen, die älteren weiter. Und bei diesem Marschieren sollen unsere Kinder zwei Sachen lernen: 1. Gepäck tragen und 2. nichts essen und nichts trinken, außer das, was sie in der Feldflasche während des Marsches mitbringen.

Beides ist wichtig. Das Gepäcktragen ist vom gesundheitlichen Standpunkte aus außerordentlich wertvoll. Durch das Gewicht werden Brustmuskulatur und Schultermuskeln mächtig ausgebildet. Jugendliche, die auf Märschen regelmäßig einen schweren Rucksack tragen, wachsen während dieser Zeit besser und erhalten einen ganz anderen, breiteren und gesünderen Brustkorb. Dies ist der gesundheitliche Wert, auf den es mir besonders ankommt. Daneben steht der erzieherische Wert: so wie der Soldat in seinem Gepäck alles mit sich trägt, was er zum Leben und zum Kämpfen braucht, so wird der Betari durch seinen Rucksack unabhängig von der ganzen Welt. Er muß nicht in ein Wirtshaus einkehren, wenn er übernachten will — er hat seinen Schlafsack im Rucksack; er muß nicht Schutz suchen, wenn es regnet — er hat seinen Wettermantel bei sich etc. Deswegen würde ich raten, daß als Programm unserer Jugendvereine vorgesehen wird, zuerst mit wenig Kilo im Rucksack Märsche zu beginnen und dann von Monat zu Monat um etwa ½ Kilogramm das Gepäck zu steigern, bis es etwa der Ausrüstung eines Soldaten gleichkommt.

Der zweite Punkt, von dem wir gesprochen haben, war: Man muß vermeiden, während des Marsches etwas anderes zu essen oder zu trinken, als was man bei sich führt. Zum Teile soll eine solche Erziehung dazu führen, unsere Jugend abzuhärten gegen Hunger und Durst. Zum Teile aber soll sie lernen, während des Marsches nicht sofort über jedes Wasserloch herzufallen und Wasser zu trinken, da ja die Gefahr besteht, daß das Wasser von schädlichen Bazillen verseucht ist. Die Wichtigkeit gerade dieser Erziehung versteht jeder, der in Palästina geboren ist, ohne weiteres; wir haben aber heute in Palästina Tausende von Jugendlichen aus Europa, die auf Märschen besonders schwer unter der Hitze des Orients leiden würden und die besonders leicht geneigt wären, im Uebermaß und unvorsichtig zu trinken. Die Erziehung dieser Kameraden ist besonders wichtig.

Auf dieser Grundlage, meine ich, müssen wir Revisionisten zunächst den Wandersport organisieren. Hand in Hand damit käme ein zweiter Sportzweig, den ich für wichtig halte: der Radfahrsport. Auch dieser mit derselben Zeit, mit denselben Aufgaben, mit demselben Gepäck, nur statt Fußgeher eben Radfahrer. Vom rein Touristischen ins Sportliche erhoben, muß dann die ganze Entwicklung sich so gestalten, daß jeder Ort, jeder Distrikt und schließlich das ganze Land Wettbewerbe ausschreibt. Ich denke dabei an eine Reihe von verschiedenen Aufgaben: a) ein Wettbewerb im Marschieren über 10 Kilometer ohne Gepäck; b) ein Wettbewerb im Marschieren über 30 Kilometer in feldmäßiger Bepackung; c) ein Wettbewerb im Marschieren über 30 Kilometer mit feldmäßiger Bepackung für eine Patrouille von 8 Mann, die danach eine Viertelstunde exerzieren muß, um zu beweisen, daß sie in guter Verfassung eingetroffen ist; d) als letzter, größter und interessantester Wettbewerb ein Gepäcksmarsch von Tel-Awiw nach Jerusalem. Für Radfahrer wäre dann schließlich ein Wettfahren von Jerusalem nach Tiberias, Nazareth, Haifa, Tel-Awiw, und zwar nach Jerusalem als „Toure de Palestine".

III.

Das wäre das Sportprogramm, das ich unserer revisionistischen Jugend Palästinas für die nächsten zwei Jahre vorschlagen würde. Daneben: Turnen und Leichtathletik und sonst nichts. Speerwerfen, Diskuswerfen, Kugelstoßen, Springen, Schwimmen, Reiten — das ist es, was unsere Leute brauchen, das macht ein Volk gesund und stark. Aber wir brauchen nicht Fußball und nicht Hockey, wir brauchen uns nicht mit den europäischen Nationen in diesen „Spielen" zu messen, sondern wir brauchen junge Menschen, die Hunger und Durst, Hitze und Kälte ertragen können, deren Beine aus Eisen und deren Rückenmuskeln aus Stahl sind, die das Land kennen wie ihre Tasche und das Gefühl haben, hier zu Hause zu sein. Das ist der Sport, den wir brauchen.

Die palästinensische Flagge auf der Berliner Olympiade?

Berlin. Die von der Freien Jüdischen Volkshochschule Berlin veranstaltete Vortragsreihe „Vom Werk der jüdischen Jugend", in der Mitglieder des Führerrates des Reichsausschusses jüdischer Jugendverbände aller Richtungen über die verschiedenen Gebiete jüdischer Jugendarbeit sprechen, wurde am 28. Mai im Berliner Logenhaus mit einer Ansprache des Vorsitzenden des Reichsausschusses Dr. Friedrich Brodnitz über „Zusammenarbeit der jüdischen Jugend" und einem Referat des Mitgliedes des Präsidiums des Deutschen Makkabi-Kreises Dr. Hans Friedenthal über „Jüdischer Sport" eröffnet.

Dr. Friedenthal erklärte, zur Olympiade 1936 sei Palästina als eigener Landesverband zugelassen, neben den Flaggen aller anderen Länder werde auf der Berliner Olympiade auch die palästinensische Flagge wehen.

Neuer jüdischer Boxmeister.

Newyork. Der jüdische Boxchampion im Leichtgewicht, Roß, besiegte den amerikanischen Boxmeister Mc. Larnin in der 15. Runde und wurde somit Meister im Weltergewicht.

Fechtmeisterschaften von Jugoslawien.

Säbelfechten: Meisterschaft von Jugoslawien: 1. Ing. Franz Fröhlich, Hackoah Subotica. 2. Jossip Stein, Makk. Zagreb. 4. Lad. Löwental, Hackoah Subotica. 5. Stefan Singer, Hackoah Subotica. — Degen: P. Jossip Stein, Makk. Zagreb. — Junioren, Säbel: 2. P. Tibor Ladany, Hackoah Subotica. — Damen sen., Florett: 3. Elisabeth Allein.

Der neue Kurs in Lettland.

Riga. In einer unter dem Vorsitz des Unterrichtsministers Dr. Adamowitsch abgehaltenen Konferenz, in der die Auflösung der Verwaltungen der Minderheiten-Schulwerke beschlossen wurde, erklärte der Vizeminister für Unterrichtswesen Tschamanis, diese Maßnahme bedeute keineswegs eine Einschränkung der Minderheitenrechte; die gegenwärtige Position der Minderheiten-Schulen, auch der jüdischen, bleibe unverändert.

Sommerlager des österreichischen Betar.

Der österreichische Betar veranstaltet heuer zwei Sommerlager. Ein Jüngern-Lager (Nesharim-Lager) in der Zeit vom 8. Juli bis 5 August in seinem Hüttenlager in Auen am Wörthersee. Das Jüngern-Lager steht allen Betarim im Alter von 10 bis 16 Jahren offen. Es wird vornehmlich der Erholung, aber auch der Ausbildung der Nesharim dienen. Anschließend an das Nesharim-Lager findet das Lager der Erwachsenen statt, das der Führerschulung der erwachsenen Betarim gewidmet sein wird. Neben der wehrsportlichen Ausbildung wird die ideologische Schulung und der Hebräischunterricht einen wichtigen Platz einnehmen.

Auskünfte und Anmeldungen täglich I., Adlergasse 4.

Achi Meïr schreibt an den Gefängnisdirektor

Aba Achi Meïr, der bekanntlich im Fall Arlosoroff der Anstiftung zum Mord angeklagt war, wurde vom Gericht in Jerusalem freigesprochen, von der Polizei jedoch weiter in Haft behalten, weil ein Prozeß gegen ihn wegen Ausführung eines angeblichen Geheimbundes „Brith Habirjonim" angestrengt wird.

Achi Meïr hat daraufhin an den Gefängnisdirektor nachstehenden Brief gerichtet:

„Sehr geehrter Herr,
ich schreibe Ihnen, wiewohl ich weiß, daß die Angelegenheit, über die ich schreibe, nicht in die Kompetenz der Regierungskörperschaft fällt, die Sie verwalten. Ich hoffe aber, daß Sie meinen Brief der in Betracht kommenden Instanz übersenden werden. Sie, mein Herr, wissen wohl, daß mich das Gericht von der falschen Beschuldigung im Zusammenhang mit dem Arlosoroff-Mord freigesprochen hat. Aus diesem Urteil war klar, daß meine definitive Befreiung nur die Frage einer halben Stunde sein könne, solang eben, bis die gewöhnlichen Büroformalitäten durchgeführt sind. Wie erstaunt bin ich aber darüber, daß man mich drei Tage nach dem gerichtlichen Freispruch noch immer im Kerker hält. Ich habe zwar noch einen Prozeß wegen des „Brith Habirjonim" vor mir, einen Prozeß, in dem meine Freunde gegen Erlag einer Kaution von 25 Pfund auf freien Fuß gesetzt wurden. Mich aber, so sagt mir mein Anwalt E. A. Cohen, will man nicht in Freiheit setzen. Ich wende mich also an Sie mit nachstehender Erklärung: Ich bin als Häftling jener Rechte beraubt worden, die das Gericht mir gegeben hat. Es ist mir nur eine Waffe übriggeblieben, die mir niemand in der Welt rauben kann. Der Name dieser Waffe ist Hungerstreik. Nachdem meine schwache Gesundheit durch zehnmonatelange Haft erschüttert wurde, bin ich jetzt obendrein gezwungen, mein Leben durch einen Hungerstreik aufs Spiel zu setzen.

Es ist mir nichts mehr übriggeblieben, als Ihnen mein Leid darüber zum Ausdruck zu bringen, daß die Palästinaregierung sich ein Beispiel nicht an Frankreich, Belgien, Schweiz oder Amerika genommen hat, sondern gerade an Hitler-Deutschland, das Dimitroff und seine Freunde nach dem gerichtlichen Freispruch gleichfalls nicht befreien wollte. Der Weg vom Deutschland Hitlers zum Rußland Stalins ist nicht weit...

Ich erkläre also, daß ich, Dr. Aba Achi Meïr, mich von Freitag 12 Uhr ab im Zustand des Hungerstreiks befinde. Bei dieser Gelegenheit will ich bemerken, daß mir seitens der Gefängnisadministration eine gute Behandlung zuteil wurde, ebenso wie meinen Freunden Stavsky und Rosenblatt, auf deren sichere Befreiung ich von Tag zu Tag warte."

Achi Meïr führte vier Tage lang den Hungerstreik durch und brach ihn erst ab, als ihm Oberrabbiner Kook, der Führer der religiösen Judenheit Palästinas, darum mit Berufung auf die religöse Satzung, die Selbstmord verbietet, anflehte.

Der Gesamtverband jüdischer Hochschüler

Oesterreichs »Judäa«, führt in den Sommerferien Reisen nach Novi (Dalmatien) und Varna (Bulgarien) durch. Ferner werden Ausflüge nach Venedig und Konstantinopel veranstaltet. Die Reise nach Novi kostet für zwei Wochen S 125.—, für drei Wochen S 154.—, für vier Wochen S 183.—. Die Reise nach Varna kostet S 175.— (15. Juli bis 13. August). In den Preisen inbegriffen sind: Fahrt (Bahn-Schiff), Unterkunft (ein- und zweibettige Zimmer), reichliche Verpflegung, Kurtaxen, Bädergebühren, Trinkgelder etc.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und für den Inhalt verantwortlich: Berthold Kornmehl, Wien II., Glockengasse 8. — Druck: Druck- und Verlagsanstalt Melantrich A. G., Wien IX., Pramergasse 6.